Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 115 — Sonnabend, den 28. September 1929 — 42. Jahrgang

Vereinigung zweier D-Banken.

Fusion Deutsche Bank und Diskonto-Gesellschaft.

Berlin, 27. September.

Im deutschen Bankgewerbe steht eine riesenhafte Fusion, die größte der Nachkriegszeit, unmittelbar bevor. Zurzeit tagen in Berlin die Verwaltungsinstanzen der Deutschen Bank und der Diskonto-Gesellschaft und beraten über die völlige Verschmelzung der beiden Institute. Die Einzelheiten der Fusion, mit der bereits fest zu rechnen ist, werden, wie angenommen werden darf, baldigst bekanntgegeben und zur Stunde von den Aufsichtsräten und Kommissionen festgelegt. Als aufnehmendes Institut fungiert die Deutsche Bank. Der Aktienumtausch wird angeblich im Verhältnis 1 : 1 erfolgen. Die Deutsche Bank wird eine Kapitalerhöhung vornehmen, die nach bisher nicht bestätigten Gerüchten etwa 100 Millionen Rm. betragen wird. Bisher hat die Deutsche Bank ein Aktienkapital von 150 Millionen Rm. und offene Reserven von 90 Millionen Rm., während die Disconto-Gesellschaft über ein Aktienkapital von 1355 Millionen und offene Reserven von 52 Millionen verfügt.

Welch ungeheurer Komplex aus der Fusion entsteht, geht aus den Bilanzadditionen der beiden Institute hervor. Die Deutsche Bank und die Diskonto-Gesellschaft haben nach den neuesten Ziffern der Monatsbilanzen per 31. August zusammen eine Bilanzsumme von rund 4,7 Milliarden. Wenn man bei der Disconto-Gesellschaft die Gemeinschaftsbilanz, die auch noch den A. Schaaffhausenschen Bankverein in Köln und die Norddeutsche Bank in Hamburg umfaßt, zur Grundlage nimmt, so kommt das neue Großbankunternehmen zu einer Bilanzsumme von mehr als 5 Milliarden.

Welche Wirkungen sich aus dieser Riesenfusion auf das Bankgewerbe im einzelnen ergeben werden, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen, doch steht fest, daß damit die Rationalisierung innerhalb des deutschen Bankgewerbes einen neuen entscheidenden Fortschritt macht.

Eine Saarkundgebung.

Treugelöbnis der Stadtverordneten zum Reich.

= **Saarbrücken**, 27. September.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm in einer Sitzung der Fraktionsführer folgende Entschließung mit den Stimmen sämtlicher Fraktionen bei Enthaltung der Kommunisten an, die der Reichsregierung telegraphisch übermittelt wurde:

„Im Namen der Bevölkerung Saarbrückens, der größten Stadt des Saargebietes, geben die Stadtverordneten ihrer besonderen Freude darüber Ausdruck, daß in diesen Tagen die deutsch-französischen Verhandlungen über die Bereinigung der Saarfrage in Paris ihren Anfang nahmen. Sie erneuern in diesem historischen Augenblick ihr Gelöbnis unverbrüchlicher Treue zu ihrem deutschen Vaterland und erwarten, daß die Verhandlungen baldigst zu dem ersehnten Ziel der restlosen politischen Befreiung der Saargebietes, der sofortigen Unterstellung unter die Souveränität des Reiches und Eingliederung in die Verwaltung der zuständigen Länder führen unter Ablehnung jedes politischen Uebergangsregimes. Zugleich erwarten sie unter Ablehnung aller Internationalisierungs- und Privatisierungstendenzen die Rückgabe der Gruben und eine Regelung der handels- und zollpolitischen Verhältnisse im Geiste deutsch-französischer Verständigung."

Unterzeichnet ist die Kundgebung von den Stadtverordnetenfraktionen der Zentrumspartei, der Sozialdemokratischen Partei, der Deutsch-Saarländischen Volkspartei, der Deutschen Wirtschaftspartei des Mittelstandes sowie von den Stadtverordneten der Demokratischen Partei des Saargebietes.

Französischer Druck auf die deutschen Warndtbergleute.

Das erpresserische Vorgehen der französischen Propagandastellen gegen die deutschen Warndtbewohner macht sich immer fühlbarer. Dunkle Elemente suchen mit Hochdruck in dieser von den französischen Annexionsbestrebungen umgarnten Westeckе des Saargebietes für den Saarbund in neuer Auflage zu werben.

Arbeitslosen, die auf der Saargrube Clarental um Arbeit nachsuchen, wird unverblümt die Frage vorgelegt, ob sie den separatistischen Saarbund beitreten wollten. Bejahenden Falles würden sie sofort Arbeit bekommen. Lehnt der Arbeitslose dieses Ansinnen ab, und versucht er sein Glück bei der Saargrube Velsen, so wird ihm dort dasselbe gesagt. Auch aus den der Wendel'schen Gruben jenseits der Saargrenze geht man mit Entlassung gegen einzelne Arbeiter vor, sobald von ihnen bekannt wird, daß sie einer der politischen Saarparteien oder einem vaterländischen Verein angehören. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die deutschen Unternehmer sich dieser Arbeitslosen annähmen.

Verwaltungsabbau im besetzten Gebiet.

Das Schicksal des Rheinministeriums.

Berlin, 26. September.

Im Zusammenhang mit der Räumung der zweiten und dritten Zone findet im besetzten Gebiet ein Verwaltungsabbau statt, und zwar handelt es sich um die Organisationen, die auftragsgemäß mit den Behörden des besetzten Gebietes Beziehungen zu unterhalten hatten, und weiter um jene Behörden, die Reichsvermögen verwalten. Es handelt sich also einmal um

das Reichskommissariat für die besetzten Gebiete,

das natürlich so lange bestehen bleiben wird, solange noch fremde Truppen im Rheinlande weilen, und insbesondere, solange die Rheinlandkommission noch nicht aufgelöst ist. Das Reichskommissariat wird voraussichtlich auch nach der Uebersiedlung der Rheinlandkommission von Koblenz nach Wiesbaden seinen Sitz in Koblenz beibehalten und sich durch einen Delegierten in Wiesbaden vertreten lassen. Ueber die weitere Betätigung des verdienstvollen Reichskommissars Freiherrn Langwerth von Simmern ist naturgemäß noch keine Entscheidung getroffen. Freiherr Langwerth von Simmern hatte das Amt des deutschen Botschafters in Madrid aufgegeben, um als Rheinländer seiner Heimat nützen zu können. Es wird angenommen, daß er auch nach Erledigung seiner Aufgabe im Reichsdienst weiterhin Verwendung finden wird.

Die Reichsvermögensverwaltung für die besetzten rheinischen Gebiete

wird ebenfalls nach Erledigung ihrer Aufgaben aufgelöst werden. Es handelt sich hier um einen umfangreichen Beamtenapparat, für den der Etat allein 750 Beamtenstellen aufweist. Dazu kommen aber noch mehrere tausend Angestellte und Arbeiter, über deren Schicksal entschieden werden muß. Die Reichsvermögensverwaltung hat zurzeit umfangreiche Arbeiten durchzuführen. Insbesondere müssen Maßnahmen über die weitere Verwendung der dem Reich gehörenden Kasernen- und Häuserbauten getroffen werden. Doch dürften diese Arbeiten und die notwendigen Abwickungsaufgaben sich nicht über das Jahr 1930 hinaus erstrecken. Endlich wird mit der Durchführung der Räumung auch das Schicksal des

Reichsministeriums für die besetzten Gebiete

akut. Es handelt sich ja hier um ein verhältnismäßig kleines Ministerium, das nur 51 Etatsstellen aufweist. Auch dieses Ministerium wird zunächst infolge der Räumung noch eine Anzahl von Aufgaben zu erledigen haben. Es ist dann aber damit zu rechnen, daß das Ministerium aufgelöst wird. In politischen Kreisen ist zwar mehrfach erwogen worden, das Rheinministerium in ein Ministerium für die Grenzgebiete umzuwandeln, doch hat dieser Vorschlag sowohl bei den Reichsressorts als auch bei den Ländern Widerspruch gefunden. Denn fast alle Reichsministerien haben sich mit den wirtschaftlichen und kulturellen Problemen zu beschäftigen, die durch die Grenzziehung aufgetaucht sind. Außerdem ist es eine besondere Aufgabe Preußens, die Fürsorge für die Grenzgebiete im Osten durchzuführen.

Kommt eine Reichsbahntarif-Erhöhung?

Zur Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit.

Berlin, 26. September.

Von reichsbahnamtlicher Seite wird mitgeteilt:

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hat in seiner Sitzung am 23. und 24. September 1929 in Berlin zur Frage der Tariferhöhung und deren Ablehnung durch die Reichsregierung Stellung genommen. Er kann die vom Reichsverkehrsminister zur Ablehnung seines Antrages gegebene Begründung nicht anerkennen und hat beschlossen, der Reichsregierung die Lage der Gesellschaft erneut darzustellen.

Der Reichsverkehrsminister hat seine Ablehnung damit begründet, daß die über den Voranschlag entstandenen Mehrausgaben durch eine günstige Entwicklung der Einnahmen gedeckt werden könnten. Diese Annahme trifft bedauerlicherweise nicht zu. Vom 1. Januar bis zum 1. September haben die Einnahmen dieses Jahres gegen den Voranschlag nur 2,5 Millionen Mark mehr gebracht. Im September ist die veranschlagte tägliche Bruttoeinnahme bisher nicht voll erreicht.

Die Deckung für die im Voranschlag nicht vorgesehenen Mehrausgaben, insbesondere für die Lohnerhöhung, ist nur durch eine erneute Drosselung aller Sachausgaben möglich geworden, die für die Zukunft unter keinen Umständen verantwortet werden kann.

Die Feststellungen des Arbeitsausschusses zur Untersuchung der Betriebssicherheit und die Entschließung des Reichstages vom 20. Februar 1929 erklären für notwendig, daß von der Reichsbahn zur Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit höhere Aufwendungen sowohl in der Betriebsrechnung als auch in der Vermögensrechnung beschleunigt gemacht werden.

Auch die Erörterungen, die in der Oeffentlichkeit im Anschluß an verschiedene Unfälle und in letzter Zeit aus Anlaß des Münchener Freispruchs stattgefunden haben, verlangen von der Reichsbahn in beschleunigtem Tempo erhöhte Aufwendungen im Interesse der Betriebssicherheit.

Allen solchen Forderungen konnte aus Mangel an Mitteln bisher nicht entsprochen werden, und auch die Aussichten für die folgenden Jahre ergeben bei den jetzt zur Verfügung stehenden Einnahmen dazu keine Möglichkeit. Selbst wenn für die wersteigernden Aufwendungen die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes zu erträglichen Bedingungen in absehbarer Zeit möglich werden sollte, müssen nicht nur die Ausgaben für Unterhaltung und Erneuerung, sondern auch gewisse Aufwendungen für Modernerhaltung der Anlagen aus den Betriebseinnahmen gedeckt werden.

Der Verwaltungsrat betrachtet es als Aufgabe der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, ein genügendes Maß sachlicher Ausgaben für Unterhaltung, Erneuerung und Betriebsentwicklung unter allen Umständen sicherzustellen. Die Gesellschaft würde es im allgemeinen und eigenen Interesse begrüßen, wenn sie nicht gezwungen wäre, dem Verkehr eine erhöhte Belastung aufzuerlegen und wenn ihr statt dessen die unerläßliche finanzielle Erleichterung durch die Reichsregierung in anderer Weise gewährt würde.

Sollte ein Ergebnis in diesen Verhandlungen nicht erreicht werden, so hält es der Verwaltungsrat für seine dringende Pflicht, eine Tariferhöhung in ausreichendem Umfange erneut zu beantragen und nachdrücklich weiter zu verfolgen.

Verkehrsminister gegen Tariferhöhung.

Berlin, 26. September. **Vom Reichsverkehrsministerium wird in der Frage der Erhöhung der Reichsbahntarife auf die Erklärung des Verwaltungsrats der Reichsbahn mitgeteilt: Der Reichsverkehrsminister hat nie verkannt, daß die Finanzlage der Reichsbahngesellschaft angespannt ist. Nach seiner Auffassung liegt jedoch im Hinblick auf die steigenden Einnahmen der Reichsbahn gegenwärtig ein zwingendes Bedürfnis für eine Erhöhung der Tarife nicht vor. Es muß zunächst abgewartet werden, wie nach der endgültigen Gestaltung des Youngplans dieser auf die Finanzlage von Reich und Reichsbahn sich auswirken wird.**

Die Wiener Ministerliste.

Wien, 27. September. **Der Nationalrat hat die Wahl des neuen Kabinetts vorgenommen. Auf Grund des Beschlusses des Hauptausschusses wurde dem Nationalrat eine Ministerliste vorgelegt, die von der bereits mitgeteilten zum Teil abweicht. Besonders auffallend ist die Benennung des ehemaligen Bundespräsidenten Hainisch zum Handelsminister. Das Ministerium für Volkswohlfahrt wurde dem ehemaligen Rektor der Wiener Universität, dem Theologieprofessor Dr. Inniger, übertragen. Das Unterrichtsministerium wird dem Professor Dr. Eiselsberg vorbehalten. Das Finanzministerium ist nicht besetzt und wird vorläufig vom Bundeskanzler Schober verwaltet. Das neue Ministerium setzt sich daher in folgender Weise zusammen: Schober, Kanzler und Aeußeres und provisorischer Leiter des Finanzministeriums; Baugoin, Vizekanzler und Heerwesen; Schumy, Innenminister; Justiz, Slama; Unterricht vorläufig unbesetzt, später Eiselsberg; Sozialverwaltung, Dr. Innitzer; Ackerbau, Fodermayr.**

Schober hat eine gute Presse.

Der Eindruck der Ministerkrise, der in der gesamten Wiener Presse zum Ausdruck kommt, läßt sich auf eine gemeinsame Formel bringen, wenn man feststellt, daß der Sturz der alten Regierung ausnahmslos als notwendig anerkannt wird, und daß Schober zum mindesten eine gute, zum größten Teil sogar begeisterte Aufnahme findet.

Das „Neue Wiener Journal"

rühmt „Schober den Volkskanzler", wie einst Lueger der Volksbürgermeister gewesen sei. — Das christlich-soziale Parteiorgan,

die „Reichspost",

sagt, selten hätten übereinstimmend so viel Stimmen auf eine Persönlichkeit gedeutet. Schober verkörpere Staatsautorität, Gesetzlichkeit und Ordnung.

Das „Neue Wiener Tagblatt"

sagt, das Land könne auf Schobers Dienste nicht verzichten. —

Die „Neue Freie Presse"

nennt Schober eine große Hoffnung für den Staat und begrüßt ihn mit den Worten, die einstmals Grillparzer dem Feldmarschall Radetzki gewidmet hat: „In Deinem Lager ist Oesterreich!" Das Organ der Großdeutschen,

die „Wiener Neuesten Nachrichten",

erblickt in der Bundeskanzlerschaft Schobers die Gewähr dafür, daß durch sein internationales Ansehen die Oesterreich schädigenden Gerüchte verstummen werden.

Die „Arbeiterzeitung"

findet, daß eigentlich Seipel oder Ainteln Bundeskanzler werden müßten, da sie Streerwitz gestürzt hätten. „Was tut", fragt das Blatt, „die bürgerliche Mehrheit, wenn alles drunter und drüber geht? Sie holt die Polizei!" Aber gegen Schober selbst sagte die „Arbeiterzeitung" nicht ein einziges Wort. Sie wolle abwarten, was er für eine Regierung bilde und was für eine Politik er betreiben werde.

Macdonalds Amerikareise.

Neuyork, 27. September.

In Washington arbeitet man eifrig an den Vorbereitungen zum Empfang des englischen Premierministers Macdonald. Der Gast wird im Weißen Hause selbst einquartiert werden, und damit wird zum ersten Male seit der Schaffung der Vereinigten Staaten ein führender englischer Staatsmann unter dem Dach des amerikanischen Präsidenten wohnen. Schon der Empfang in Neuyork, zu dem der Leiter der amerikanischen Außenpolitik Stimson persönlich anwesend sein wird, zeichnet den englischen Besucher vor allen hohen Gästen aus, selbst vor der rumänischen Königin, die einer solchen Ehre nicht gewürdigt wurde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219290928-12/fragment/page=0001

Das Programm der feierlichen Begrüßungen und Empfänge ist so zugeschnitten, daß ausdrücklich für die Aussprache zwischen Macdonald und dem Präsidenten Hoover ein ganzer Tag freigehalten ist, und die Stimmung, die sich in allen politischen Kreisen der Vereinigten Staaten mit geringen Ausnahmen kundtut, zeugt dafür, daß jetzt, nach dem Regierungswechsel in England und der Offenlegung des englischen außenpolitischen Programms, der Wille zu einer Verständigung und einer engen Zusammenarbeit zwischen den beiden angelsächsischen Staaten auch jenseits des Ozeans aufrichtig und lebhaft ist.

Abschaffung der Feiertage in Rußland.

Einführung der fünftägigen Arbeitswoche.

Moskau, 26. September.

Der Rat der Volkskommissare hat beschlossen, die Verordnung über die Neuregelung der Arbeitszeit in der Industrie sowie bei den Behörden, die zur ununterbrochenen Arbeitswoche übergehen, sofort in Kraft zu setzen.

Aus den einzelnen Bestimmungen der Verordnung geht hervor, daß in sämtlichen Industrieunternehmungen mit Ausnahme der Saisonbetriebe, sowie in sämtlichen Sowjetbehörden, die zur ununterbrochenen Arbeitswoche übergehen, die fünftägige Arbeitswoche eingeführt wird (vier Tage Arbeit, ein Tag Ruhe).

Eine weitere Bestimmung der Verordnung regelt die Frage der Feiertage in der Sowjetunion. Der Neujahrstag sowie sämtliche religiösen Feiertage, also Weihnachten, Ostern, Pfingsten und die Feiertage der Orthodoxen Kirche, werden abgeschafft; die Arbeit wird an diesen Tagen in der üblichen Weise verrichtet. Nur die Revolutionsgedenktage im Mai und November gelten als Feiertage.

Regierung und Sejm in Polen.

Eine latente Krise.

Warschau, 26. September.

Der polnische Sejm soll nach der Verfassung Ende Oktober einberufen werden. Es scheint, als wenn die Parteien der Opposition die Absicht hätten, bis dahin mit einer entscheidenden Aktion zu warten und durch ein parlamentarisches Mißtrauensvotum den Kampf gegen das Kabinett Switalski in Gang zu bringen. Vorläufig geht die Auseinandersetzung zwischen der Regierung und dem Parlament auf dem Wege einer Pressefehde weiter, die allerdings immer schärfere Formen annimmt, und in der gerade in diesen Tagen Pilsudski mit besonders grobem Geschütz gegen die Linksparteien aufgefahren ist. Er wirft ihnen vor, daß sie zwar nach außen hin in schärfster Opposition machten, hinter den Kulissen aber eine Annäherung an den Regierungsblock versuchten.

Verhandlungen scheinen, in der Hauptsache aus sozialpolitischen Gründen, tatsächlich im Gang zu sein, doch lassen die Kommentare der oppositionellen Presse kaum an ein positives Ergebnis glauben, vielmehr wird die Kraftprobe spätestens mit dem Zusammentritt des Parlaments einsetzen.

Chinesische Erfolge?

Niederwerfung des Aufstandes in Honan.

Peking, 27. September.

Wie aus Nanking gemeldet wird, teilte das chinesische Kriegsministerium mit, daß es den chinesischen Regierungstruppen gelungen sei, die Stadt Itschang zu besetzen. Aus dieser Meldung geht hervor, daß es der Regierung gelungen ist, die Aufstandsbewegung in der Provinz Honan zum Stillstand zu bringen. Ferner teilt das chinesische Kriegsministerium mit, daß die Truppen des aufständischen Generals Tschangsatwei versucht hätten, in die Provinz Honan einzudringen. Sie seien von den Regierungstruppen zurückgeschlagen worden.

Es bleibt abzuwarten, ob die Siegesmeldungen der Nankingregierung den Tatsachen entsprechen.

Deutsche Missionare in China gefangen.

In der Nähe von Amoy sind 3 deutsche katholische Missionare von Räubern gefangen genommen worden, die ein großes Lösegeld für die Freilassung verlangen. Die deutschen katholischen Missionen sollen nicht imstande sein, den Räubern das Lösegeld für die Befreiung der deutschen Missionare auszuzahlen. Die chinesische Regierung habe eine Expedition entsandt, um sie aus der Hand der Räuber zu befreien.

Tubelis über seine Politik.

Ausbau der Beziehungen zu Deutschland.

Kowno, 27. September.

Der neue Ministerpräsident Tubelis entwickelte vor Vertretern der in- und ausländischen Presse die Ziele der neuen Regierung. Die neue Regierung werde den vom Staatspräsidenten festgelegten Kurs weiter verfolgen.

In der Innenpolitik seien besondere Aenderungen nicht zu erwarten. Die Regierung werde aber ihrer Tätigkeit die Verfassung zugrundelegen und nach der Verfassung die innerpolitische Lage konsolidieren. Zunächst würden die Wahlen zu den Selbstverwaltungen, später zum Sejm und die Wahl des Staatspräsidenten stattfinden. Besondere Berücksichtigung solle die Landwirtschaft finden. Daneben werde der soziale Schutz ausgebaut werden.

Bezüglich des Kriegszustandes und der Pressezensur erklärte der neue Ministerpräsident, daß der Uebergang zu normalen Verhältnissen angestrebt werden würde, daß er aber nur stufenweise erfolgen könne.

In außenpolitischer Beziehung, besonders in der Wilnafrage, werde der bisherige Kurs beibehalten. Die Beziehungen zu den nördlichen baltischen Staaten sollen enger gestaltet werden. Zu seinem westlichen Nachbarn werde Litauen seine Beziehungen in positivem Sinne weiter ausbauen. Schwierigkeiten mit den Minderheiten gäbe es in Litauen nicht.

Nach dem Grunde für Woldemaras' Ausscheiden gefragt, erklärte Tubelis, zwischen Woldemaras und den übrigen Ministern hätten Meinungsverschiedenheiten über die Handhabung der Regierungsgewalt bestanden, deren alleinige Ausübung Woldemaras angestrebt habe. Der Staatspräsident habe in dieser Frage aber die Auffassung der Minister unterstützt. In den Erklärungen des Ministerpräsidenten Tubelis ist bemerkenswert, daß die neue Regierung ihrer Tätigkeit die Verfassung zugrundelegen werde. Die Ausführungen Tubelis' lassen darauf schließen, daß allmählich ein Abbau der Diktatur Platz greifen soll.

Ein Antrag des Reichsarbeitsministers.

50 Millionen für produktive Arbeitslosenfürsorge.

Berlin, 27. September.

Der Reichsarbeitsminister hat vom Reichsfinanzminister 50 Millionen Mark an Reichsmitteln für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge neu gefordert. Der Antrag ist bereits vor einiger Zeit in einer Parteiführerbesprechung erörtert worden. Innerhalb des Reichsfinanzministeriums wird auf die schwierige Finanzlage des Reiches verwiesen.

Das Reichsarbeitsministerium begründet seinen Antrag damit, daß viele Gemeinden längst geplante und in allen Einzelheiten vorbereitete Notstandsarbeiten aus Mangel an verfügbaren Darlehen aufgeben müssen, da die Mittel der Grundförderung allein zur Durchführung der Maßnahmen nicht ausreichen. Es wird weiter darauf verwiesen, daß die Länder noch Mittel für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge in Form von Darlehen zur Verfügung haben, die sie aber nicht ausgeben dürfen, da diese Mittel an die Bewilligung der Reichsmittel gebunden sind und ohne diese nicht bewilligt werden können.

Aus dem In- und Auslande.

Wo tagt der Weltbank-Organisationsausschuß?

Berlin, 27. September. Es ist bereits als ziemlich sicher anzusehen, daß der Organisationsausschuß für die Bank für Internationale Zahlungen demnächst in Baden-Baden zusammentreten wird. Eine Einladung des Gouverneurs der Bank von Frankreich an die Notenbankpräsidenten zur Entsendung von Vertretern dürfte in absehbarer Zeit zu erwarten sein. Sobald die Notenbankpräsidenten die verschiedenen Mitglieder des Ausschusses ernannt haben werden, wird der Gouverneur der Bank von Frankreich in seinem und im Namen der anderen Präsidenten die beiden amerikanischen Vertreter J. E. Reynolds und M. A. Taylor formal ernennen.

Der französische Flottenbestand.

Paris, 27. September. Der Berichterstatter des Marineausschusses des Senats, Senator Lemery, gibt in seinem Bericht über den Flottenbestand einen Ueberblick. Der Wert der Flotte, der sich im Jahre 1923 auf 925 Millionen Franken belief, ist auf 1975 Millionen gestiegen. Während 1923 im allgemeinen nur alte Kriegsschiffe oder Spezialschiffe vorhanden waren, werden heute die Ueberwasser-Schiffe des neuen Programms mit 1110 Millionen angeführt. Der Wert der Unterseeboote stieg von 60 auf 315 Millionen trotz des starken jährlichen Entwertungskoeffizienten dieser Schiffe, die in zwölf Jahren amortisiert werden. Die Neubauten übersteigen um 176 Millionen die Unterhaltungsarbeiten.

Habib Ullah ermordet?

Konstantinopel, 27. September. In Teheran sind Gerüchte verbreitet, denen zufolge in Kabul der gegenwärtige Machthaber in Afghanistan, König Habib Ullah ermordet worden sein soll. Eine Bestätigung dieses Gerüchtes war bisher weder von englischer Seite noch direkt aus Kabul zu erhalten. Nach anderen persischen Meldungen soll in Kabul eine Revolte gegen Habib Ullah ausgebrochen sein, die unter Führung des Chefs seiner Leibgarde steht.

Minderheitenbeschwerde vor dem Völkerbundsrat.

Genf, 26. September. **Dem Völkerbundsrat lagen in seiner Schlußsitzung neun Minderheitenbeschwerden aus Oberschlesien zur Entscheidung vor, davon sechs von der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien und drei von der polnischen Minderheit in Deutsch-Oberschlesien. In den meisten Angelegenheiten war das dem Rat zugeleitete Material, wie von deutscher Seite gemeldet wird, so umfangreich und verwickelt, daß für eine sichere Entscheidung die Prüfung an Ort und Stelle als das Gebotene erscheint, um den Sachverhalt einwandfrei aufzuklären und eine endgültige juristische Entscheidung vorzubereiten.**

Die Kleine Entente in Genf.

Genf, 26. September. **Die anläßlich der Völkerbundsversammlung in Genf anwesenden Außenminister der kleinen Entente Benesch, Maronesku und Marinkowitsch sind, wie amtlich gemeldet wird, zu einer Besprechung zusammengetreten, in der die allgemeine internationale Lage geprüft und in einen Gedankenaustausch über die schwebenden politischen Fragen eingetreten wurde. Es ist in dieser Zusammenkunft beschlossen worden, daß die nächsten Besprechungen der kleinen Entente zu dem üblichen Zeitpunkt in Prag stattfinden sollen.**

Kleine politische Meldungen.

Verhandlungen zwischen Zahnärzten und Krankenkassen. Der Reichsverband der Zahnärzte Deutschlands und die kaufmännischen Berufskrankenkassen, zwischen denen seit sechs Monaten ein vertragsloser Zustand besteht, haben Verhandlungen aufgenommen. Eine Verständigung wird als möglich bezeichnet.

Diskonterhöhung in England. Die Bank von England nahm die seit langer Zeit befürchtete Diskonterhöhung um 1 v. H. auf 6½ v. H. vor.

Der Thronfolger von Siam gestorben. Wie aus Bangkok gemeldet wird, ist Prinz Mahidol, der Thronfolger Siams, an den Folgen eines Leberleidens gestorben.

Aus der Umgegend

Nebra, 28. September.

— **Richtigstellung.** Im Verzeichnis der Sieger beim Kreis-Jugendtreffen in der vorletzten Nummer steht unter Jahrgang 15/16 der Name Hugo Günther. Es muß dies Kurt Günther heißen.

— **Stadt-Lichtspiele.** Nach China, in den seit Jahren in Aufruhr stehenden Teil Asiens, führt uns am Sonntag ein Film. Die Besucher des Kinos werden im Bilde darüber aufgeklärt werden, welche Mächte ihr Interesse daran haben, daß das große und ebenso intelligente chinesische Volk nicht zur Ruhe kommen darf — Sodann wird der zweite Film Gebirgserlebnisse zeigen, wie sie täglich in den Berglanden sich ereignen.

— **Erntedankfest in Kleinwangen.** Die Nebraer Bewohnerschaft wandert in keiner Zeit des Jahres in so dichten Scharen hinaus aufs Dorf, als im Herbst, wenn die Kirmessen und Erntedankfeste gefeiert werden. Am letzten Sonntag und Montag war Wetzendorf das Ziel, kommenden Sonntag und Montag geht's nach Kleinwangen, wo Erntedankfest angesagt ist. In Neumanns Gasthof finden alle Gäste beste Verpflegung und gute Unterhaltung.

— **40 Jahre Unstrutbahn.** Am 1. Oktober sind 40 Jahre verflossen, seitdem der Betrieb auf der Strecke Naumburg—Artern eröffnet worden ist; gleichzeitig begehen an diesem Tage zwei Inhaber von Bahnhofswirtschaften: Frau verw. **Kielblock** auf Bahnhof **Nebra** und Frau verw. **Mebesius** auf Bahnhof **Donndorf** ihr 40jähriges Jubiläum als Bahnhofswirte. Beide Frauen haben während dieser Zeit ihren Mann durch Ableben, ebenso aber auch jede von ihnen den Sohn im Kriege verloren. Die Bahnverwaltung hat in rücksichtsvoller Weise beide in ihrer ihnen liebgewordenen Wirkungsstätte belassen und man muß zugeben, daß sie trotz ihres hohen Alters den ihnen anvertrauten Betrieb — allerdings unter tatkräftiger Unterstützung ihrer Angehörigen — tadellos zu führen verstehen. Ob es den Jubilarinnen vergönnt sein wird, noch das 50jährige Jubiläum in ihrem Wirkungskreise zu begehen, das liegt in der Zukunft Schoße, ist nicht vorauszusehen, wir wollen daher den Tag des 40jährigen Rückblicks nicht vorübergehen lassen, den beiden tatkräftigen Frauen herzlichst zu gratulieren und ihrem Fleiß und Mut vollste Anerkennung zu zollen. Möge sich ihr Lebensabend noch recht sonnig gestalten!

— **50 Jahre Eisenbahn in Artern.** Am 1. Oktober d. J. sind es 50 Jahre, daß der erste Zug auf der Strecke Sangerhausen—Erfurt verkehrte. Ueber die Einzelheiten der Vorverhandlungen, des Baues und der Einweihungsfeierlichkeiten veröffentlichen die Arterner Zeitungen längere Artikel, in denen das Jubiläum geschichtlich gewürdigt wird.

— **Von der Unstrutbahn.** Wie die Reichsbahndirektion Erfurt wissen läßt, muß der in Aussicht genommene Plan, die Unstrutbahn im Frühjahr 1930 als Vollbahn auszubauen, fallen gelassen werden, da sich die Reichsbahngesellschaft in einer wirtschaftlich sehr schwierigen Lage befindet und augenblicklich nicht daran denken kann, derartige und hohe Ausgaben erfordernde Umgestaltungen ausführen zu lassen. Es wird aber die Zusicherung gegeben, daß an Hand der vorliegenden Beschwerden eingehend nachgeprüft werden soll, ob schon im nächsten Fahrplan die Fahrzeiten so geändert werden können, daß die Aufenthalte auf den Stationen auf ein Minimum beschränkt werden können.

— **Feuerbestattung.** Der Gedanke der Feuerbestattung marschiert. Im Monat September wurden neue Krematorien in München und Hof a. S. in Betrieb genommen. Im Juli d. Js. wurden in deutschen Krematorien 4252 Einäscherungen bewirkt, gegen 3879 im gleichen Monat des Vorjahres. (In Roßneck i. Th. sind z. B. sämtliche Verstorbenen eingeäschert worden.) Die Feuerbestattungskasse „Flamme" hat an über 300 Orten Vertretungen, darunter auch eine in Roßleben.

— **Pflicht des Fachblattbezuges.** Zwei Entscheidungen höherer Gerichte betonen erneut, daß ein Gewerbetreibender, der die im Fachblatt seines Berufszweiges veröffentlichten amtlichen Verlautbarungen nicht kennt, weil er das Fachblatt nicht liest, sich nicht auf Unkenntnis berufen kann, sondern die Folgen seiner Enthaltsamkeit tragen muß. In der Begründung des letzthin gefällten Urteilsspruches heißt es ausdrücklich, es sei Pflicht des Beschuldigten gewesen, die Zeitung zu lesen. Die Folgen der Unterlassung habe er auf sich zu nehmen und könne sich jedenfalls nicht durch Unkenntnis ausreden. Wir leben nicht mehr in einer Zeit, wo ein Gewerbetreibender sich eigenbrödlerisch in seine vier Wände einspinnen kann und sich um die Außenwelt nicht mehr zu kümmern braucht. Die Gegenwart erfordert gebieterisch, daß jeder einzelne sich als Glied in die Gesamtheit seiner Berufskollegen einreiht und an allen Fachangelegenheiten, wie sie eben in der Fachzeitung oder dem Standesorgan zum Ausdruck kommen, aufmerksam Anteil nimmt.

— **Die Straße ist kein Spielplatz.** Fast täglich fallen spielende Kinder auf den Straßen dem Verkehr zum Opfer. Fast täglich liest man von jungen, hoffnungsvollen Menschen, denen durch irgendwelche Verkehrsmittel Schaden für ihr ganzes Leben zugefügt wird. Diese Opfer finden sich nicht nur in den Großstädten; auch in kleineren Ortschaften werden sie erfaßt, nachdem durch Motorisierung unseres Verkehrs die Entfernungen überwunden worden sind. Die stille Stadt, ja sogar das stille Dorf gehören heute eigentlich der Vergangenheit an. Um so mehr ist es die Pflicht der Eltern, auf ihre spielenden Kinder aufzugeben und ihnen einzuschärfen: die Straße ist kein Spielplatz, sie dient dem Verkehr. Nicht immer wird es den Eltern leicht sein, ihre Lieblinge im Auge zu behalten. Der Kampf um das tägliche Brot hält sie selbst in Atem, sodaß sie beim besten Willen oft genug bei der Pflege der Kinder nicht die nötige Sorgfalt aufwenden können. Hier müßte den Eltern die Oeffentlichkeit zu Hilfe kommen. Kinderheime, Kinderhorte oder ähnliche Einrichtungen sollten sich der kleinen Erdenbürger annehmen, was ja schon in weitem Umfang geschieht. Für größere Kinder sollten Spielplätze abseits vom Verkehr zur Verfügung stehen, und wo diese aus finanziellen Gründen nicht vorhanden sind, müßte ein gemeinsames Spielen auf dem Schulhofe veranstaltet werden. Alle diese Dinge sind ja bereits im Werden, müßten aber so beschleunigt werden, daß kein Kind mehr den Gefahren der Straße ausgesetzt zu werden braucht. Denn die Straße ist kein Spielplatz mehr.

— **Lohnmarkenkleben nicht vergessen!** Bei Revisionen der Steuerbehörden zeigt sich sehr häufig, daß die Lohnsteuermarken nicht ordnungsgemäß geklebt sind. Diese Nachlässigkeit rächt sich bitter in Nachzahlungen und obendrein in Bestrafungen. Wer diesen Unannehmlichkeiten aus dem Wege gehen will, der klebe seine Marken regelmäßig. Aus dem Postaushang ist ersichtlich, in welcher Klasse die Marken zu kleben sind.

Donndorf. Der Landwirt und Fleischermeister Paul Münzenberg hat bei dem Schmiedemeister Paul Ludwig eine außergewöhnlich große Rübe im Gewicht von genau zehn Pfund ausgestellt. Derselbe Züchter hatte noch eine Rübe von 12 Pfund zur Verfügung, die aber leider auf dem Transport beschädigt wurde.

Kleinroda. Am hellen Nachmittag drang eine Person in den am Holze gelegenen Garten des Landwirts L. ein, faßte eine Gans und sprang mit dieser unterm Arm über den Zaun, um im Walde zu verschwinden. Da der Vorgang zufällig beobachtet worden war, so wurde die Verfolgung des Gänsediebes eingeleitet, jedoch ohne Erfolg.

Heldrungen. 155 wollen Bürgermeister werden... Die Bewerbungsfrist für die Bürgermeisterstelle war am 21. September abgelaufen. Es haben sich nicht weniger als 155 Bewerber gemeldet, die zumeist Oberverwaltungsbeamte, Stadtobersekretäre und Volkswirte sind. Bei der Neubesetzung der Stelle im Jahre 1924 waren im ganzen 120 Bewerber zu verzeichnen.

Eckartsberga. Am nächsten Sonntag sollen die neuen Glocken feierlich eingeholt, herausgezogen und erstmalig geläutet werden. Die ganze Gemeinde ist zu der Einholung, der ein Gottesdienst im Eckartshause vorausgehen wird, herzlich eingeladen.

Naumburg. Eine Unart, die sich wieder bitter gerächt hat. An dem Hause der Geschwister von Kapßengst drangen starke Rauchwolken. Feuerwehrleute und Polizei eilten ins Haus und fanden in der Küche die jüngere der beiden Schwestern völlig verbrannt tot vor dem Herde liegen. Die Untersuchung ergab, daß die Dame Spiritus in die Grude gegossen hatte, um das Feuer anzufachen. Dabei war die Spiritusflasche explodiert und die Unglückliche bis zur Unkenntlichkeit verbrannt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219290928-12/fragment/page=0002

Weimar. Bei der Feuersbrunst in Eischleben bei Ischtershausen wurde eine furchtbare Entdeckung gemacht. Im Schutt der Brandstätte fanden die Löschmannschaften die Leiche des 17jährigen Sohnes des Besitzers. Sie war vollständig verkohlt. Polizeiliche Untersuchungen wurden sofort angestellt. Gerüchtweise verlautet, daß der junge Mann das Feuer selbst angezündet habe, worauf er sich in der Scheune seines Vaters erhängte.

Gotha. Der neue Oberstaatsanwalt. Sichern Vernehmen nach wird die seit längerer Zeit verwaiste Stelle des Oberstaatsanwalts beim Landgericht Gotha, die zuletzt in den Händen des verstorbenen Oberstaatsanwalts Hartmann war, mit dem 1. Oktober wieder besetzt werden. Von diesem Zeitpunkt ab übernimmt Staatsanwaltschaftsrat Daßler-Gera die Geschäfte des Oberstaatsanwalts beim hiesigen Landgericht.

Groß-Kayna, 26 Sept. Bei dem Versuch, auf die Förderbahn der Gewerkschaft Michel aufzuspringen, geriet hier der Elektriker Signus unter die Räder der Maschine. Er wurde schrecklich verstümmelt und war auf der Stelle tot.

Merseburg, 26. Sept. Im Ammoniakwerk Merseburg ereignete sich ein bedauerlicher Unglücksfall. Auf einer Rohrbrücke hatte ein Schlosser einen kurzen Eisenträger ausgebaut und wollte ihn auf das für diesen Zweck dicht unter der Arbeitsstelle errichtete Podest ablegen. Beim Ueberschreiten einer über das Podest laufenden Rohrleitung glitt der Schlosser aus, wobei ihm der Eisenträger aus der Hand rutschte und über das Geländer des Podestes zur Erde fiel. Der zufällig vorbeigehende verheiratete Meister Wilhelm Fischer, wohnhaft Merseburg, wurde so unglücklich am Kopfe getroffen, daß er auf der Stelle tot war.

Merseburg. Im Kampf mit lichtscheuem Gesindel. Zur Nachtzeit trieben Einbrecher in der Stadt ihr Unwesen. Ein Wächter der Hallischen Wach- und Schließgesellschaft traf beim Betreten des Grundstückes der Michel-Brikett-Verkaufsstelle in der Naulandstraße auf einen Mann, der ihm mit einer Eisenstange entgegenkam. Auf den Anruf des Wächters ergriff er die Flucht und sprang über einen Zaun, wo noch zwei Männer standen. Kurz darauf traf der Wächter wieder zwei Mann. Einer stand an der Straßenecke Schmiere, der andere kam aus dem Laden der Firma Engel gesprungen. Bei der Verfolgung des Flüchtenden wurde der Wächter von ihm beschossen. Glücklicherweise verfehlte der Schuß jedoch sein Ziel.

Halle. Zwischen Himmel und Erde. Glück im Unglück hatte der Sohn eines Geschäftsinhabers von der Leipziger Straße. Der junge Mann war auf das Dach des väterlichen Hinterhauses gestiegen, um sich über den Stand der dort vorgenommenen Ausbesserungsarbeiten zu unterrichten. Dabei kam er auf dem sanft abfteigenden Dachstuhl ins Rutschen. Während des Fallens gelang es ihm jedoch, sich an der querlaufenden Dachrinne mit den Händen festzuhalten. So schwebte er minutenlang zwischen Himmel und Erde, bis auf seine Hilferufe hin ein Hausbewohner mit einer langen Leiter herbeieilte und ihn aus seiner gefahrvollen Lage befreite.

Thale. Die Leiche im Walde. Vor einigen Tagen wurde in den Waldungen zwischen dem Hexentanzplatz und dem Dambachhaus die Leiche eines jungen Mannes gefunden. Wie sich jetzt herausstellt, handelt es sich um einen 20jährigen Berliner Paul Nowitzki, der sich aus Schwermut das Leben genommen hat.

Halberstadt, 26. Sept. Der Begründer der weltbekannten Fleisch- und Wurstfabrik Friedrich Heine ist nach schwerer Krankheit in der vergangenen Nacht im Alter von 63 Jahren gestorben.

Magdeburg. Auf dem Buckauer Bahnhof wurde der Güterabfertigungsbote Reinhold Redlich, der auf einem Dienstweg die Gleise überschreiten wollte, von einer Rangierlokomotive überfahren. Dem Unglücklichen wurden beide Beine abgequetscht. Ein herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, trifft die Schuld an dem bedauerlichen Unfall den Verunglückten selbst.

Magdeburg. Noch keine Besserung für die Schiffahrt. Obwohl die Regenfälle der letzten Tage hier und da Veranlassung waren, daß der Wasserspiegel der Elbe um einige Zentimeter gestiegen ist und auch die Saale an einzelnen Stationen einmal für einen oder zwei Tage ein paar Zentimeter Wuchs meldete, so kann deswegen von einer Besserung der stark bedrängten Schiffahrt noch nicht gesprochen werden. Im Gegenteil machen sich trotz der anerkennenswerten Tätigkeit der im Mittel- und Unterlauf eingesetzten Bagger immer neue Schwierigkeiten bemerkbar.

Magdeburg. Folgenschweres Verkehrsunglück. Bei Klein-Oschersleben fuhr ein Oschersleben Lastkraftwagen in einen Bierwagen der Hadmerslebener Brauerei. Der Lastkraftwagenführer hatte nicht abgeblendet, und der ihm entgegenfahrende Kutscher des Bierwagens wußte dem grellen Schein des Autolichts nicht richtig auszubiegen. Mit voller Kraft fuhr der Lastkraftwagen in das Bierfuhrwerk hinein und zertrümmerte den Wagen. Der Kinounternehmer Weinrich aus Oschersleben, sein erwachsener Sohn und der Schlosser Siebert aus Oschersleben waren die Insassen des Lastkraftwagens. Siebert war sofort tot, der junge Weinrich erlitt einen so schweren Schädelbruch, daß er sterbend in das Krankenhaus eingeliefert wurde, Weinrich selbst und der Bierkutscher kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Kleine Chronik.

 # 30 Personen beim Warenhausausverkauf verletzt. Als ein Warenhaus in Brooklyn gelegentlich eines Ausverkaufes Kleider und Mäntel zu einem Dollar das Stück anbot, war der Andrang der Käufer derart stark, daß zahlreiche Personen im Gedränge in die Schaufenster gestoßen wurden, wobei 30 Frauen und Kinder schwere Verletzungen davontrugen.

 # Beim Flug mit dem Freiballon tödlich verunglückt. Ein französischer Freiballon ist bei der jugoslawischen Stadt Kamenica niedergegangen, von dessen Führer man keine Spur entdecken konnte. Da aber die Gondel Blutspuren aufweist, muß angenommen werden, daß er tödlich verunglückt ist.

 # Fünfzehn Jahre Kerker für Ozanitsch. In dem Prozeß gegen den Kellner Ozanitsch, der in Agram einen Anschlag auf den Polizeiagenten Grauer verübte, fällte der Staatsgerichtshof das Urteil. Der Angeklagte wurde zu 15 Jahren 2 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

 # Russisches Flugzeug in Alaska. Nach einer Meldung aus Dutch-Harbour ist das russische Flugzeug „Land der Sowjets" auf seinem Etappenflug Moskau—Amerika in dieser Stadt in Alaska gelandet, nachdem man mehrere Tage ohne jede Nachricht von den Piloten gewesen war.

 # Sturmesfurcht in Florida. Die Bevölkerung von Florida ist durch Wettermeldungen über bevorstehende schwere Stürme sehr beunruhigt. Zahlreiche Bewohner der Gegend, in der der Wirbelsturm vom vorigen Jahre so außerordentlich große Verheerungen angerichtet hatte, haben ihre Häuser verlassen und in entfernteren Gegenden Zuflucht gesucht. Der ganze Strand der Küste ist von Heuschrecken bedeckt, was bei der Bevölkerung als Vorzeichen eines schweren Sturmes gilt.

 # Verheerender Brand. In dem schweizerischen Dorfe Lourtier oberhalb Martigny ist eine Feuersbrunst ausgebrochen, die überraschend schnell um sich griff und außer zwei elenden Hütten das ganze Dorf von 25 massiven Gebäuden zerstörte. Menschenleben sind nicht zu beklagen, da die Einwohner zurzeit im Rhonetal die Weinernte einbringen.

 # Anschlag auf eine Eisenbahnlinie. Auf der Essenbahnstrecke Belgrad—Kotschane explodierte eine Handgranate. Bei Nachforschungen auf der Bahnstrecke wurde noch eine Höllenmaschine gefunden, die aber nicht zur Explosion kam. Die Suche nach den Attentätern ist bisher ergebnislos verlaufen.

 # Prag im Licht. In der Zeit der Hauptfesttage anläßlich der St.-Wenzel-Tausendjahrfeier, vom 27. bis zum 30. September, werden eine große Reihe architektonisch bedeutender Gebäude Prags allabendlich reich angestrahlt werden.

 # Die Ueberschwemmungsschäden in Indien. Wie aus Bombay gemeldet wird, hat der Regierungskommissar des Sindgebietes der Regierung einen Bericht über den Schaden der Ueberschwemmungen eingereicht. Im Haiderabad-Gebiet wird der Schaden ungefähr 3,3 Millionen Mark betragen; außerdem ist der Verlust von drei Menschenleben zu beklagen. Im Thar-Parkar-Gebiet beträgt der Schaden schätzungsweise 5 840 000 Mark. Im oberen Sindgebiet an der Grenze wird der Schaden auf 3 Millionen Mark geschätzt. Ferner wurden 125 Dörfer vollkommen zerstört.

 # Galizisches Dorf niedergebrannt. Das galizische Dorf Olupko ist von einem Großfeuer fast völlig zerstört worden, während der größte Teil der Einwohner in der nächsten Stadt auf dem Jahrmarkt war. Im ganzen fielen 55 Bauernhöfe mit allen Nebengebäuden den Flammen zum Opfer. Etwa 300 Personen haben ihre Heimstätte und ihren gesamten Besitz verloren. Der Schaden beträgt mehr als 500 000 Mark.

 # Frankreich will die „Königin der Meere" bauen. Der mit der „Isle de France" in Neuyork eingetroffene Vizepräsident der Generale Transatlantique erklärte, daß das von seiner Gesellschaft geplante neue Ozeanschiff von solcher Größe und Geschwindigkeit sein würde, daß ihm zweifellos der Titel einer „Königin der Meere" zukommen müsse. Die Gesellschaft könne zurzeit noch keine genauen Angaben machen, aber die Werft, auf der das Schiff zum Bau gegeben werde, sei in der Lage, Schiffe mit einer Länge bis zu 400 Meter zu bauen.

300 Personen durch Schweinefleisch vergiftet.

Paris, 26. September. **Durch den Genuß von Schweinefleisch wurden in Conde bei Caen 300 Personen vergiftet. Zwei Personen sind bereits gestorben. Der Zustand zahlreicher anderer Erkrankter gibt zu ernsten Befürchtungen Anlaß. Die Angelegenheit hat in der Gegend große Beunruhigung ausgelöst.**

Der Kampf der Rassen

Negerschlacht in Chikago.

♂ **Neuyork,** 27. September.

Im Negerviertel von Chikago kam es zwischen Negern und Polizisten zu einem Kampf, bei dem ein Polizist und ein Neger getötet und zwei Geheimpolizisten und ein Neger schwer verwundet wurden.

Zwei Mitglieder der amerikanischen Negerloge, von der behauptet wird, daß sie die Vorherrschaft der weißen Rasse bekämpfe, flüchteten vor einer Polizeistreife, die ihre Verhaftung vornehmen wollte, in ein Mietshaus und verbarrikadierten sich dort. Die Polizisten holten Verstärkungen heran und versuchten, in das Haus einzudringen. Es kam zu einem lebhaften Feuergefecht, daß schließlich mit dem Siege der Polizei endete. Nun rotteten sich große Scharen von Negern auf der Straße zusammen, die aber nach dem Eintreffen weiterer Polizeiverstärkungen auseinandergetrieben werden konnten. Insgesamt waren rund 350 Polizisten aufgeboten, um die Ruhe wieder herzustellen.

Eine jede Sprache hat überflüssige Worte. Worte, die nicht allein deswegen überflüssig sind, weil man sie ohne weiteres durch andere ersetzen kann, die zu allem Ueberfluß auch noch höchst unwertig sind, weil sie im Grunde sprachliche Mißbildungen darstellen und deshalb verschwinden müßten. So hat sich jetzt ein amerikanischer Gelehrter die Zeit genommen, daraufhin die englisch-amerikanische Sprache zu untersuchen. Der Forscher kam zu dem Ergebnis, daß etwa rund 2000 Worte mit Stumpf und Stiel ausgerodet werden müßten, weil sie den völligen Unwert an der Stirn tragen. Der Gelehrte hat die Sammlung unwertiger Worte bereits dem Sprachverein unterbreitet, mit der Bitte, alles darauf zu verwenden, um diesen Hirnballast aus der Welt zu schaffen.

*

Von amerikanischen Zeitungen wird die folgende, fast unglaublich klingende Geschichte mitgeteilt: Im Jahre 1859 wurde in Charleston ein Mann namens Pomercy geboren, der das Unglück hatte, als Siebzehnjähriger wegen Mordes vor die Geschworenen zu kommen. Er wurde zum Tode verurteilt, jedoch im Hinblick auf seine Jugend zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Der Mann hatte weiter Pech. Er führte sich nämlich im Zuchthause so schlecht, daß ihm nicht, wie sonst üblich, der Rest seiner Strafe geschenkt wurde, so daß er mit 70 Jahren noch im Zuchthause saß. Immerhin fühlte man sich, als der 70. Geburtstag des inzwischen zum Greise gewordenen Mörders herannahte, veranlaßt, ihn in einem Altersheim statt im Zuchthause den Rest seiner Tage verbringen zu lassen. Und nun geschah das Merkwürdige: Der Mann, der seit dem Jahre 1877, also 52 Jahre lang im Zuchthaus gesessen hatte, sollte nun von einem Gefängniswärter zum Altersheim gebracht werden. Man stelle sich vor: Ein Mann, der die Welt mit den Augen von 1877 ansieht und plötzlich den technischen Errungenschaften des letzten halben Jahrhunderts gegenübergestellt wird! Vor dem Tor des Zuchthauses stand ein Kraftwagen. Der Alte stieg ein und fragte: „Na, kommt der Gaul nicht bald?" Als der Motor zu brummen begann, wollte er wieder aussteigen; als der Wagen losfuhr, erblaßte er vor Staunen. Der Straßenverkehr, die Kraftwagen, die Straßenbahn erregten bei ihm Kopfschütteln. Nun leisteten sich aber die Gefängniswärter den Spaß, einen Umweg über den Flughafen zu machen. Als der Alte ein Flugzeug sich in die Lüfte heben sah, fragte er verwundert: „Ist das der Teufel gewesen?" Solche und ähnliche Erlebnisse hatte der 70jährige noch eine ganze Reihe, und er wird wohl von dem ersten Tage seiner Freiheit noch so viel an Erinnerung zu sehen haben, daß es für die kurze Spanne seines künftigen Lebens ausreicht. Die amerikanischen Blätter geben dem Mann aber nicht mit Unrecht den Beinamen „Mann vom Mars"; denn mehr erstaunt könnte ein Marsbewohner auch nicht sein als dieser Mann, der nach fünfzig Jahren seine Welt wiedersieht.

Jugendschöffengericht.

Sitzung vom 26. September 1929.

Vorsitzender: Amtsgerichtsrat Kaeseberg; Vertr. der Staatsanwaltschaft: Gerichtsaktuar Kraefft; Protokollführer: Justizangestellter Schrader-Bölsche, sämtlich in Nebra.

Schöffen: 1) Stellmachermeister Albert Franke in Nebra, 2) Schmiedemeister Otto Wirthmann in Bitzenburg.

Angeklagt wegen Diebstahl war der Schornsteinfegerlehrling Hermann Witzel aus Nebra. Es wurde ihm zur Last gelegt, in Thalwinkel bei dem Landwirt Kirsche, wo er gefegt hatte, eine goldene Damenuhr gestohlen zu haben. Der Angeklagte ist geständig; auch ist die Uhr dem Eigentümer wieder zurückgegeben. Es wurde ihm heute eine Verwarnung erteilt, und zwar mit der Maßgabe, daß er sich drei Jahre lang gut führt und während dieser an jedem 1. Dezember 2 RM. an die Gerichtskasse zahlt. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Angeklagten zur Last.

Strafsachenverhandlung am Amtsgericht Nebra

am 26. September 1929.

Gerichtshof wie oben. Ohne Schöffen.

1) Angeklagt wegen Körperverletzung war der Bergarbeiter G. Taubert in Großwangen. Er wird beschuldigt, dem Schulknaben Heinz Dettler mehrere Ohrfeigen gegeben zu haben. Der Angeklagte bestreitet dies, er wurde aber durch die Zeugenaussage überführt und zu einer Geldstrafe von 60 RM. sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Bei evtl. Nichteintreibbarkeit tritt für je 10 Rm. 1 Tag Gefängnis.

2) Gegen einen Strafbefehl in Höhe von 2 Monaten Gefängnis hatte der frühere Hausdiener, jetzige Heizer Willi Gleichmann in Rottleben gerichtliche Entscheidung beantragt. Es wurde ihm zur Last gelegt, dem Gastwirt Heinicke in Kirchscheidungen 20 Rm. gestohlen zu haben. Der Angeklagte ist geständig; er will aus Not gehandelt haben. Das Urteil lautete: Der Angeklagte wird zu drei Wochen Gefängnis verurteilt; die Vollstreckung der Strafe wird bei guter Führung auf die Dauer von 3 Jahren ausgesetzt, jedoch muß er während dieser Zeit jährlich eine Buße von 30.— RM. an die hiesige Gerichtskasse zahlen.

3) Angeklagt wegen Betruges war der Maurer Rudolf Knabe aus Altenroda. Er wird beschuldigt, einen Betrag von 11,55 RM. vom Arbeitsamt als Zuschläge für sein uneheliches Kind erhalten, jedoch nicht abgeführt, also unterschlagen zu haben. Er entschuldigte sich heute damit, er habe nicht gewußt, wieviel Zuschlag auf das Kind entfiel. Das Urteil lautete auf 10 RM. Geldstrafe und Kostentragung, ferner auf Ersatz des Schadens bis zum 1. Dezember d. J. an den Vormund.

4) Angeklagt wegen tätlicher Beleidigung war der Arbeiter Wilhelm Röder aus Gölbitz. Es wird ihm zur Last gelegt, seine 14jährige Tochter Frieda in sittenwidriger Weise tätlich beleidigt zu haben. Die Oeffentlichkeit wurde während der Verhandlung ausgeschlossen. Das Urteil lautete auf 50 RM. Geldstrafe, oder für je 5 RM. ein Tag Gefängnis.

5) Privatklage des Landwirts Max Rosenhahn aus Tröbsdorf gegen den Händler Fritz Bornschein daselbst wegen tätlicher Beleidigung. Der Angeklagte wurde heute zu 20 RM. Geldstrafe verurteilt, evtl. für je 5 RM. ein Tag Gefängnis. Außerdem wurde dem Privatkläger die Befugnis zugesprochen, den Urteilstenor nach Rechtskraft einmal im „Querfurter Tageblatt" auf Kosten des Angeklagten bekanntzugeben.

6) Privatklage der Wwe. Ernestine Hecht geb. Noä in Nebra gegen den Invaliden Otto Köbderitzsch daselbst wegen Mißhandlung. Der Angeklagte hatte Widerklage erhoben. Die Tat fand anläßlich eines Streites auf dem Konsum-Vereinsvergnügen statt. Der Angeklagte wurde der Körperverletzung der Privatklägerin schuldig gesprochen und zu einer Geldstrafe von 10 RM., evtl. für je 5 RM. ein Tag Gefängnis, verurteilt. Die Privatklägerin ist der Beleidigung des Angeklagten nicht schuldig und wird freigesprochen. Die Kosten muß der Angeklagte tragen.

„Johann Sebastian Bachs Berufung nach Leipzig" hat der Leitartikel des neuesten Heftes der Illustrierten Rundfunkzeitung „Die Mirag" zum Thema, der mancherlei interessante Einblicke in die damaligen Verhältnisse gewährt. Weiter sind lesenswerte Ergänzungen zu den Veranstaltungen „Nordischer Abend" (mit Generalmusikdirektor J. Eibenschütz von der Nordischen Rundfunk A.-G.), „die Kunst der Fuge", „Liederstunde" (mit Helene Jung von der Staatsoper in Dresden), „Autorenstunde Fritz Müller-Partenkirchen" und Uraufführung von Schallplatten in diesem Heft enthalten. Zur Uebertragung der glänzend-kritischen Oper „Tyll" von Mark Lothar ist eine kurze Inhaltsangabe gegeben. Endlich sei noch auf eine Rundfunkkuriosität, die umfangreichen Liederteste und den technischen Ausstellungs-Kurzbericht verwiesen. Das reich illustrierte Heft kostet nur 56 Pfg. und ist durch jeden Buch- und Zeitschriftenhändler, das Ortspostamt bezw. den „Mirag"-Verlag, Leipzig C 1, Floßplatz 6, zu beziehen.

Kirchliche Nachrichten

18. Sonntag nach Trinitatis, den 29. September 1929.

10 Uhr vorm.: Hauptgottesdienst im Gemeindesaal.

½12 Uhr: Kindergottesdienst für beide Abteilungen im Gemeindesaal.

Mittwoch, den 2. Oktober 1929, abends 8 Uhr: Missionsstunde im Gemeindesaal.

Freitag, abends 8 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindesaal.

Getauft wurden am 22. September Gisela Hildegard Hiltrud Fulsche, Otto Emil Gunther Hänert und Marta Lina Brigitte Hänert.

Getraut wurden am 21. September der Handlungsgehilfe Alfred Schäfer und Minna Bechler von hier.

Extra-Beilage. Das köstlichste Gut des Menschen sind die Augen, ihnen sollte man die sorgfältigste Pflege zuteil werden lassen. Leider wird darin noch sehr viel gesündigt, sodaß häufig Schäden auftreten, die bei fachgemäßer Beratung hätten vermieden oder wesentlich gemildert werden können. Beachten Sie den einem Teil der heutigen Ausgabe beiliegenden Prospekt des Fachgeschäfts für moderne Brillen-Optik **Rudolf Gabriel in Roßleben,** Sie finden dort beherzigenswerte Winke für die Pflege und Erhaltung Ihrer Augen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219290928-12/fragment/page=0003

Der Zweikampf im Strafgesetz.

Gefängnisstrafe für Duellanten.

Berlin, 27. September.

Im Strafrechtsausschuß des Reichstages wurden die Verhandlungen über das neue Strafgesetzbuch wieder aufgenommen mit der Beratung des Abschnittes über den Zweikampf. Der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches sucht die Frage auf einer mittleren Linie zu lösen, indem jeder Zweikampf mit Waffen durch den ein Ehrenhandel ausgetragen werden soll, mit Gefängnis bestraft wird, während die einfachen leichten studentischen Schlägermensuren straffrei bleiben sollen.

Die Deutschnationalen wünschten eine Abmilderung der Bestimmungen über den Zweikampf und wünschten vor allen Dingen auch die studentischen Kontrahagen straffrei. Das Zentrum und die Sozialdemokraten verlangten dagegen außer der Strafbarkeit des richtigen Zweikampfes auch die Strafbarkeit der studentischen Schlägermensuren. Ein Redner hält es aber nicht für möglich, in der heutigen Zeit der Vorkämpfe diese Vorkämpfe straffrei zu lassen, die Schlägermensuren aber strafbar zu machen. Die Zweikämpfe seien sehr zurückgegangen und fast aus unserem Volksleben verschwunden. Ebenso werde es mit den Schlägermensuren gehen, die auch eine überlebte Angelegenheit seien. Er hielt es für falsch, jetzt durch gesetzliche Strafbarkeit der Mensuren die studentischen Anhänger der Mensuren zu Märtyrern zu machen und das Mensurenwesen mit dem romantischen Zauber des Verbotenen und vom Staate Verfolgten zu umgeben.

Bei der Abstimmung ergab sich die Annahme des Antrages des Zentrums, wonach jeder Zweikampf mit Waffen durch Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft wird, also auch die Schlägermensuren. Falls beim Zweikampf der Tod eines Gegners eintritt, ist die Strafe Gefängnis nicht unter zwei Jahren. Straffrei bleiben lediglich die zur Hilfeleistung zugezogenen Aerzte und Kartellträger, die ernstlich bemüht gewesen sind, den Zweikampf zu verhindern. Mit Gefängnis wird bestraft, wer jemandem Verachtung bezeigt, weil dieser eine Herausforderung zum Zweikampf unterlassen oder nicht angenommen hat.

Seltsame Berichterstattung.

= Karlsruhe, 27. September.

Aus Anlaß der Reisen des Reichsministers für die besetzten Gebiete Dr. Wirth und des Reichsernährungsministers Dietrich nach Baden sind über Ausführungen der beiden Herren durch

das halbamtliche Nachrichtenbüro

Mitteilungen verbreitet worden, die in einigen Bevölkerungskreisen lebhafte Verwirrung hervorgerufen haben. Vorerst einmal soll der Reichsminister Wirth in Freiburg erklärt haben,

daß für das Westprogramm der Reichsregierung insgesamt zwei Milliarden Reichsmark zur Verfügung gestellt wurden.

Jedem Kenner unserer Finanzverhältnisse mußte es klar sein, daß daran überhaupt nicht gedacht werden konnte. Vielmehr hat der Reichsminister Wirth erklärt, daß, wenn alle Forderungen der Grenzländer berücksichtigt werden sollten, dazu ein Betrag von zwei Milliarden Mark nötig sei.

Es ist aber niemals die Zusicherung gegeben worden, daß ein solcher Betrag zur Verfügung gestellt werden könnte und würde.

Alsdann hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dietrich in Karlsruhe gesprochen und ausgeführt,

daß selbstverständlich Kehl bedingungslos und total geräumt würde.

Diese Ausführungen fanden mit Recht stärksten Beifall der Versammlung. Umso unverständlicher ist es, wie der Vertreter des halbamtlichen Nachrichtenbüros einen Bericht herausgeben konnte, der die Worte des Reichsernährungsministers in das Gegenteil verkehrte, indem behauptet wurde, der Reichsminister Dietrich habe erklärt, Kehl würde nicht total geräumt.

Es wäre interessant, wenn einmal nachgeprüft werden könnte, wie es kommt, daß derartige katastrophale Irrtümer verbreitet werden konnten. In beteiligten Kreisen, insbesondere in Baden, hat diese Art der Berichterstattung unliebsames Aufsehen erregt.

Der Fall Shearer.

Erklärungen im Untersuchungsausschuß.

Neuyork, 26. September.

In Washington dauern die Vernehmungen fort, die das Material gegen den Propaganda-Agenten der amerikanischen Rüstungsindustrie Shearer zu einer immer schwereren Anklage verdichten. Die Tätigkeit Shearers wird immer deutlicher erkennbar, und damit auch die Struppelosigkeit, die die Wahl seiner Mittel kennzeichnet. So hat er beispielsweise vor Beginn der Genfer Flottenkonferenz behauptet, die Deutsche Lufthansa würde in absehbarer Zeit in der Lage sein, die ganze englische Handelsflotte in wenigen Tagen zu zerstören, wie überhaupt die Tendenz seiner Berichte und seiner Agitation sich stets gegen England richtet. Durch die Behauptung, daß England tausende von Agenten in Amerika unterhalte, um seiner Flottenpolitik die Wege zu ebnen, hat er zweifellos in den kritischen Tagen des englisch-französischen Flottenkompromisses stark auf die amerikanische Stimmung gewirkt.

Der Vizepräsident der Newport News Schiffswerft und Trockendock-Gesellschaft, Palen, machte vor dem Untersuchungsausschuß des amerikanischen Senats aufsehenerregende Erklärungen in der Angelegenheit Shearer. Palen gab zu, daß er für die Anstellung des „Beobachters" Shearer mit einem Gehalt von 25 000 Dollar verantwortlich sei. Er habe es getan, um über den Fortgang der Flottenabrüstungsberatungen in Genf im Jahre 1927 genau unterrichtet zu sein. Diese Aussagen werfen ein neues Licht in diese bisher ungeklärte Angelegenheit, besonders da Polen weiter behauptete, daß noch zwei andere Schiffswerften dazu beigetragen hätten, das Gehalt des „Beobachters" Shearer aufzubringen.

Vorsicht beim Erwerb von Waren!

Ohne irgendwie die Absicht der Hehlerei zu haben, kann man, wenn man nicht vorsichtig ist, in den Besitz gestohlener Sachen gelangen und schließlich zum Schadenersatz des rechtmäßigen Eigentümers verurteilt werden, wie ein Urteil des Reichsgerichts vom 6. Mai 1929 (R. G. IV 701/28) beweist, dem folgender Sachverhalt zu Grunde lag:

Der Beklagte hat von einem früheren Angestellten der Klägerin ihr gestohlene Ware gekauft, die er entweder weiterveräußert oder in eigenem Betrieb verwendet hat. Die beiden Vorderrichter haben den Ersatzanspruch der Klägerin, soweit es auf Paragraph 816 Absatz 1 BGB. gestützt ist, für gerechtfertigt erklärt. Die Revision ist der Meinung, daß von dem, was der Beklagte auf Grund des Paragraphen 816 Absatz 1 BGB. herausgegeben hat, die von ihm von den Angestellten der Klägerin gezahlten Erwerbspreise abzuziehen seien.

Das Reichsgericht dagegen erklärte in seiner Entscheidung: Der Bereicherungsgrund ist, was die Revision übersieht, nicht der Erwerb der Waren, sondern die Tatsache, daß der Beklagte über ihre Waren verfügt hat. Durch den Erwerb der Waren tat die Vemögensverschiebung noch nicht ein. Die Klägerin blieb Eigentümerin. Erst durch die Veräußerung und Verwendung der Waren wurde die Vermögensschiebung bewirkt. Mit dieser Vermögensschiebung steht die Zahlung des Kaufpreises in keinem ursächlichen Zusammenhang. Der Beklagte hat gegen den Angestellten der Klägerin einen Anspruch aus Paragraph 440 BGB. Nur an ihn kann er sich halten. Der Klägerin geht es nichts an, was er diesem bezahlt hat, sei es, daß sie den Eigentumsanspruch erhebt oder, nachdem ihr Eigentum untergegangen ist, Herausgabe der Bereicherung verlangt.

Neuer Heiratsplan König Boris'.

Bukarest, 27. September. Der Privatsekretär des Königs Boris von Bulgarien, Hajjenow, weilte 24 Stunden in Bukarest und überbrachte ein Handschreiben des Königs Boris an die Königin-Witwe Maria, in dem er um die Hand der Prinzessin Ileana bittet. Man glaubt, daß dem Heiratsplan noch gewisse Schwierigkeiten entgegenstehen.

Oeffentliche Stadtverordneten-Sitzung
am Sonnabend, den 28. September 1929, abends 8½ Uhr im „Ratskeller".

Tagesordnung:

1. Einführung und Verpflichtung des Arbeiters Franz Janeck als Stadtverordneter.
2. Kenntnisnahmen.
3. a) Beratung und Feststellung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1929/30.
   b) Beschlußfassung über die Erhebung von Zuschlägen zu den Realsteuern.
4. Nochmalige Beschlußfassung über die Entfernung des Baumes vor dem Eigendorf'schen Grundstück am Wasserweg.
5. Beschlußfassung über den Beitritt zu dem Gemeindeunfallversicherungsverband der Provinz Sachsen.

Nebra, den 25. September 1929.

Der Stadtverordnetenvorsteher. May.

Geschäftseröffnung.

Am 1. Oktober d. Js. eröffne ich mein

Stadtgeschäft in der Reinsdorfer Straße 11

in der bisherigen Weise erneut und bitte auch weiterhin wieder um gütigen Zuspruch.

Willy Bachrodt.

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 29. Sept., 8¼ Uhr:

Das Dokument von Shanghai.

Ferner:

Der Sohn der Berge.

Es ladet freundlichst ein **Borgwardt.**

Hotel Thüringer Hof • Rossleben

Am Sonntag, ab vormittag ½11 Uhr

Preis-Kegeln

Ihre Herbst- u. Wintermäntel chem. reinigt oder färbt

in den modernsten Farben

Färberei Bartels • Naumburg

Chem. Reinigung — Grosswäscherei

Filiale Nebra bei Friedrich Krey.

Miele

Erzeugnisse werden nur in einer Qualität, und zwar der besten, hergestellt. Die Anfertigung erfolgt nicht am laufenden Band, sondern in Präzisions-Serienfabrikation. Bei allen Miele-Fabrikaten stehen Qualität und Preis in dem richtigen Verhältnis. Beim Kauf einer Miele-Maschine haben Sie die Gewißheit, daß Sie für Ihr Geld den höchsten Gegenwert in Ware bekommen.

Der Güte unserer Erzeugnisse verdanken wir den guten Ruf des Namens „Miele".

Unser Fabrikationsprogramm umfaßt:

Melkmaschinen
Milchzentrifugen
-Butterfertiger-
Buttermaschinen
* Butterkneter *
* Fahrräder *
Waschmaschinen
Trommelwaschmaschinen
Wäschezentrifugen
Wringmaschinen
Wäschemangeln
Elektromotoren
* Staubsauger *
* Kastenwagen *
* Leiterwagen *

In den Fachgeschäften wird Ihnen gern Auskunft über unsere Erzeugnisse gegeben.

Mielewerke A.G.
Gütersloh/Westfalen
Über 2000 Beamte und Arbeiter.

Gelegenheitskauf

Anzüge	von RM.	**28.—** an
Wind-Jacken	„ „	**14.—** „
Lederol-Jacken	„	**26.50**
Gummimäntel	„	**24.50**

und vieles andere verkauft

OTTO RITTER, Maßgeschäft, NEBRA a. U.

Kleinwangen

Zum Erntedankfest

am Sonntag,
den 29. und Montag, den 30. September
von nachm. 3 Uhr ab

Tanzvergnügen

Es ladet freundlichst ein **Neumann.**

Fabrik erstklassiger Milchzentrifugen sucht tüchtige solide in landwirtschaftlichen Kreisen gut eingeführte

• Vertreter •

gegen hohe Provision, die prompt ausgezahlt wird. Schriftl. Meldungen mit Angabe bisheriger Tätigkeit und Referenzen unter **H. F. 937** über **Rudolf Mosse, Halle a. S.** erbeten.

Ich habe die Vertretung der ..... fabrik und erkläre gern, daß meine Kundschaft mit diesem Fabrikate sehr zufrieden ist und ich überall Ehre damit einlege. Besonders angenehm ist, daß ich sofort die Provision erhalte, die mir und meiner Familie ein gutes Auskommen gewährt.

(Original kann eingesehen werden). **R. G. in L.**

Feinstes **Sauerkraut** sowie echte Kieler **Fettbücklinge** empfiehlt **August Oelschig**

Eisen- Metall- Holz- **Betten** Stahlmatr., Kinderb., Schlafzimmer, Chaiselong, an Priv., Ratenzahlung. Kat. 2238 frei. **Eisenmöbelfabrik Suhl** (Thür.)

Spielkarten empfiehlt **Walter Scharf.**

Er fühlte es selbst, daß seine Arbeitskraft nicht mehr dieselbe war, wie in früheren Jahren. Die Fähigkeit, sich schnell und andauernd zu konzentrieren, war ihm abhanden gekommen, und er war daher ständig bedrückt und unlustig. Sie wissen es selten selbst, wenn Sie an einem Sehfehler leiden und führen das Nachlassen Ihrer Spannkraft auf alle möglichen Umstände zurück, ohne an Ihre

AUGEN

zu denken. Besuchen Sie mich bitte! Ich will gern versuchen, Ihnen zu helfen.

Das Fachgeschäft für moderne Brillen-Optik

Rudolf Gabriel, Rossleben

Staatl. geprüfter Optiker

Fachmännische Brillen-Anpassung auf wissenschaftlicher Grundlage

Drucksachen

aller Art in moderner Ausführung

Buchdruckerei Wilh. Sauer, Roßleben

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219290928-12/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: bis 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 115 — Sonnabend, den 28. September 1929 — 42. Jahrgang

Vereinigung zweier D-Banken.

Fusion Deutsche Bank und Diskonto-Gesellschaft.

Berlin, 27. September.

Im deutschen Bankgewerbe steht eine riesenhafte Fusion, die größte der Nachkriegszeit, unmittelbar bevor. Zurzeit tagen in Berlin die Verwaltungsinstanzen der Deutschen Bank und der Diskonto-Gesellschaft und beraten über die völlige Verschmelzung der beiden Institute. Die Einzelheiten der Fusion, mit der bereits fest zu rechnen ist, werden, wie angenommen werden darf, baldigst bekanntgegeben und zur Stunde von den Aufsichtsräten und Kommissionen festgelegt. Als aufnehmendes Institut fungiert die Deutsche Bank. Der Aktienumtausch wird angeblich im Verhältnis 1 : 1 erfolgen. Die Deutsche Bank wird eine Kapitalerhöhung vornehmen, die nach bisher nicht bestätigten Gerüchten etwa 100 Millionen Rm. betragen wird. Bisher hat die Deutsche Bank ein Aktienkapital von 150 Millionen Rm. und offene Reserven von 90 Millionen Rm., während die Disconto-Gesellschaft über ein Aktienkapital von 1355 Millionen und offene Reserven von 52 Millionen verfügt.

Welch ungeheurer Komplex aus der Fusion entsteht, geht aus den Bilanzadditionen der beiden Institute hervor. Die Deutsche Bank und die Diskonto-Gesellschaft haben nach den neuesten Ziffern der Monatsbilanzen per 31. August zusammen eine Bilanzsumme von rund 4,7 Milliarden. Wenn man bei der Disconto-Gesellschaft die Gemeinschaftsbilanz, die auch noch den A. Schaaffhausenschen Bankverein in Köln und die Norddeutsche Bank in Hamburg umfaßt, zur Grundlage nimmt, so kommt das neue Großbankunternehmen zu einer Bilanzsumme von mehr als 5 Milliarden.

Welche Wirkungen sich aus dieser Riesenfusion auf das Bankgewerbe im einzelnen ergeben werden, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen, doch steht fest, daß damit die Rationalisierung innerhalb des deutschen Bankgewerbes einen neuen entscheidenden Fortschritt macht.

Eine Saarkundgebung.

Treugelöbnis der Stadtverordneten zum Reich.

= **Saarbrücken**, 27. September.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm in einer Sitzung der Fraktionsführer folgende Entschließung mit den Stimmen sämtlicher Fraktionen bei Enthaltung der Kommunisten an, die der Reichsregierung telegraphisch übermittelt wurde:

„Im Namen der Bevölkerung Saarbrückens, der größten Stadt des Saargebietes, geben die Stadtverordneten ihrer besonderen Freude darüber Ausdruck, daß in diesen Tagen die deutsch-französischen Verhandlungen über die Vereinigung der Saarfrage in Paris ihren Anfang nahmen. Sie erneuern in diesem historischen Augenblick ihr Gelöbnis unverbrüchlicher Treue zu ihrem deutschen Vaterland und erwarten, daß die Verhandlungen baldigst zu dem ersehnten Ziel der restlosen politischen Befreiung der Saargebietes, der sofortigen Unterstellung unter die Souveränität des Reiches und Eingliederung in die Verwaltung der zuständigen Länder führen unter Ablehnung jedes politischen Uebergangsregimes. Zugleich erwarten sie unter Ablehnung aller Internationalisierungs- und Privatisierungstendenzen die Rückgabe der Gruben und eine Regelung der handels- und zollpolitischen Verhältnisse im Geiste deutsch-französischer Verständigung."

Unterzeichnet ist die Kundgebung von den Stadtverordnetenfraktionen der Zentrumspartei, der Sozialdemokratischen Partei, der Deutsch-Saarländischen Volkspartei, der Deutschen Wirtschaftspartei des Mittelstandes sowie von den Stadtverordneten der Demokratischen Partei des Saargebietes.

Französischer Druck auf die deutschen Warndtbergleute.

Das erpresserische Vorgehen der französischen Propagandastellen gegen die deutschen Warndtbewohner macht sich immer fühlbarer. Dunkle Elemente suchen mit Hochdruck in dieser von den französischen Annexionsbestrebungen umgarnten Westecke des Saargebietes für den Saarbund in neuer Auflage zu werben.

Arbeitslosen, die auf der Saargrube Clarental um Arbeit nachsuchen, wird unverblümt die Frage vorgelegt, ob sie den separatistischen Saarbund beitreten wollten. Bejahenden Falles würden sie sofort Arbeit bekommen. Lehnt der Arbeitslose dieses Ansinnen ab, und versucht er sein Glück bei der Saargrube Velsen, so wird ihm dort dasselbe gesagt. Auch aus den de Wendel'schen Gruben jenseits der Saargrenze geht man mit Entlassung gegen einzelne Arbeiter vor, sobald von ihnen bekannt wird, daß sie einer der politischen Saarparteien oder einem vaterländischen Verein angehören. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die deutschen Unternehmer sich dieser Arbeitslosen annähmen.

Verwaltungsabbau im besetzten Gebiet.

Das Schicksal des Rheinministeriums.

Berlin, 26. September.

Im Zusammenhang mit der Räumung der zweiten und dritten Zone findet im besetzten Gebiet ein Verwaltungs-

[illegible]

akut. Es handelt sich ja hier um ein verhältnismäßig kleines Ministerium, das nur 51 Etatsstellen aufweist. Auch dieses Ministerium wird zunächst infolge der Räumung noch eine Anzahl von Aufgaben zu erledigen haben. Es ist dann aber damit zu rechnen, daß das Ministerium aufgelöst wird. In politischen Kreisen ist zwar mehrfach erwogen worden, das Rheinministerium in ein Ministerium für die Grenzgebiete umzuwandeln, doch hat dieser Vorschlag sowohl bei den Reichsressorts als auch bei den Ländern Widerspruch gefunden. Denn fast alle Reichsministerien haben sich mit den wirtschaftlichen und kulturellen Problemen zu beschäftigen, die durch die Grenzziehung aufgetaucht sind. Außerdem ist es eine besondere Aufgabe Preußens, die Fürsorge für die Grenzgebiete im Osten durchzuführen.

Kommt eine Reichsbahntarif-Erhöhung?

Zur Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit.

Berlin, 26. September.

Von reichsbahnamtlicher Seite wird mitgeteilt:

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hat in seiner Sitzung am 23. und 24. September 1929 in Berlin zur Frage der Tariferhöhung und deren Ablehnung durch die Reichsregierung Stellung genommen. Er kann die vom Reichsverkehrsminister zur Ablehnung seines Antrages gegebene Begründung nicht anerkennen und hat beschlossen, der Reichsregierung die Lage der Gesellschaft erneut darzustellen.

Der Reichsverkehrsminister hat seine Ablehnung damit begründet, daß die über den Voranschlag entstandenen Mehrausgaben durch eine günstige Entwicklung der Einnahmen gedeckt werden könnten. Diese Annahme trifft bedauerlicherweise nicht zu. Vom 1. Januar bis zum 1. September haben die Einnahmen dieses Jahres gegen den Voranschlag nur 2,5 Millionen Mark mehr gebracht. Im September ist die veranschlagte tägliche Bruttoeinnahme bisher nicht voll erreicht.

Die Deckung für die im Voranschlag nicht vorgesehenen Mehrausgaben, insbesondere für die Lohnerhöhung, ist nur durch eine erneute Drosselung aller Sachausgaben möglich geworden, die für die Zukunft unter keinen Umständen verantwortet werden kann.

Die Feststellungen des Arbeitsausschusses zur Untersuchung der Betriebssicherheit und die Entschließung des Reichstages vom 20. Februar 1929 erklären für notwendig, daß von der Reichsbahn zur Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit höhere Aufwendungen sowohl in der Betriebsrechnung als auch in der Vermögensrechnung beschleunigt gemacht werden.

Auch die Erörterungen, die in der Oeffentlichkeit im Anschluß an verschiedene Unfälle und in letzter Zeit aus Anlaß des Münchener Freispruchs stattgefunden haben, verlangen von der Reichsbahn in beschleunigtem Tempo erhöhte Aufwendungen im Interesse der Betriebssicherheit.

Allen solchen Forderungen konnte aus Mangel an Mitteln bisher nicht entsprochen werden, und auch die Aussichten für die folgenden Jahre ergeben bei den jetzt zur Verfügung stehenden Einnahmen dazu keine Möglichkeit. Selbst wenn für die wersteigernden Aufwendungen die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes zu erträglichen Bedingungen in absehbarer Zeit möglich werden sollte, müssen nicht nur die Ausgaben für Unterhaltung und Erneuerung, sondern auch gewisse Aufwendungen für Modernerhaltung der Anlagen aus den Betriebseinnahmen gedeckt werden.

Der Verwaltungsrat betrachtet es als Aufgabe der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, ein genügendes Maß sachlicher Ausgaben für Unterhaltung, Erneuerung und Betriebsentwicklung unter allen Umständen sicherzustellen. Die Gesellschaft würde es im allgemeinen und eigenen Interesse begrüßen, wenn sie nicht gezwungen wäre, dem Verkehr eine erhöhte Belastung aufzuerlegen und wenn ihr statt dessen die unerläßliche finanzielle Erleichterung durch die Reichsregierung in anderer Weise gewährt würde.

Sollte ein Ergebnis in diesen Verhandlungen nicht erreicht werden, so hält es der Verwaltungsrat für seine dringende Pflicht, eine Tariferhöhung in ausreichendem Umfange erneut zu beantragen und nachdrücklich weiter zu verfolgen.

Verkehrsminister gegen Tariferhöhung.

Berlin, 26. September. **Vom Reichsverkehrsministerium wird in der Frage der Erhöhung der Reichsbahntarife auf die Erklärung des Verwaltungsrats der Reichsbahn mitgeteilt: Der Reichsverkehrsminister hat nie verkannt, daß die Finanzlage der Reichsbahngesellschaft angespannt ist. Nach seiner Auffassung liegt jedoch im Hinblick auf die steigenden Einnahmen der Reichsbahn gegenwärtig ein zwingendes Bedürfnis für eine Erhöhung der Tarife nicht vor. Es muß zunächst abgewartet werden, wie nach der endgültigen Gestaltung des Youngplans dieser auf die Finanzlage von Reich und Reichsbahn sich auswirken wird.**

Die Wiener Ministerliste.

Wien, 27. September. **Der Nationalrat hat die Wahl des neuen Kabinetts vorgenommen. Auf Grund des Beschlusses des Hauptausschusses wurde dem Nationalrat eine Ministerliste vorgelegt, die von der bereits mitgeteilten zum Teil abweicht. Besonders auffallend ist die Benennung des ehemaligen Bundespräsidenten Hainisch zum Handelsminister. Das Ministerium für Volkswohlfahrt wurde dem ehemaligen Rektor der Wiener Universität, dem Theologieprofessor Dr. Innitzer, übertragen. Das Unterrichtsministerium wird dem Professor Dr. Eiselsberg vorbehalten. Das Finanzministerium ist nicht besetzt und wird vorläufig vom Bundeskanzler Schober verwaltet. Das neue Ministerium setzt sich daher in folgender Weise zusammen: Schober, Kanzler und Aeußeres und provisorischer Leiter des Finanzministeriums; Vaugoin, Vizekanzler und Heerwesen; Schump, Innenminister; Justiz, Slama; Unterricht vorläufig unbesetzt, später Eiselsberg; Sozialverwaltung, Dr. Innitzer; Ackerbau, Fodermayr.**

Schober hat eine gute Presse.

Der Eindruck der Ministerkrise, der in der gesamten Wiener Presse zum Ausdruck kommt, läßt sich auf eine gemeinsame Formel bringen, wenn man feststellt, daß der Sturz der alten Regierung ausnahmslos als notwendig anerkannt wird, und daß Schober zum mindesten eine gute, zum größten Teil sogar begeisterte Aufnahme findet.

Das „Neue Wiener Journal"

rühmt „Schober den Volkskanzler", wie einst Lueger der Volksbürgermeister gewesen sei. — Das christlich-soziale Parteiorgan,

die „Reichspost",

sagt, selten hätten übereinstimmend so viel Stimmen auf eine Persönlichkeit gedeutet. Schober verkörpere Staatsautorität, Gesetzlichkeit und Ordnung.

Das „Neue Wiener Tagblatt"

sagt, das Land könne auf Schobers Dienste nicht verzichten. —

Die „Neue Freie Presse"

nennt Schober eine große Hoffnung für den Staat und begrüßt ihn mit den Worten, die einstmals Grillparzer dem Feldmarschall Radetzki gewidmet hat: „In Deinem Lager ist Oesterreich!" Das Organ der Großdeutschen,

die „Wiener Neuesten Nachrichten",

erblickt in der Bundeskanzlerschaft Schobers die Gewähr dafür, daß durch sein internationales Ansehen die Oesterreich schädigenden Gerüchte verstummen werden.

Die „Arbeiterzeitung"

findet, daß eigentlich Seipel oder Ainteln Bundeskanzler werden müßten, da sie Streeruwitz gestürzt hätten. „Was tut", fragt das Blatt, „die bürgerliche Mehrheit, wenn alles drunter und drüber geht? Sie holt die Polizei!" Aber gegen Schober selbst sagte die „Arbeiterzeitung" nicht ein einziges Wort. Sie wolle abwarten, was er für eine Regierung bilde und was für eine Politik er betreiben werde.

Macdonalds Amerikareise.

Neuyork, 27. September.

In Washington arbeitet man eifrig an den Vorbereitungen zum Empfang des englischen Premierministers Macdonald. Der Gast wird im Weißen Hause selbst einquartiert werden, und damit wird zum ersten Male seit der Schaffung der Vereinigten Staaten ein führender englischer Staatsmann unter dem Dach des amerikanischen Präsidenten wohnen. Schon der Empfang in Neuyork, zu dem der Leiter der amerikanischen Außenpolitik Stimson persönlich anwesend sein wird, zeichnet den englischen Besucher vor allen hohen Gästen aus, selbst vor der rumänischen Königin, die einer solchen Ehre nicht gewürdigt wurde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219290928-12/fragment/page=0005